

LINKS LU

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
196 · Ausgabe LU · September 2021



«Mich motiviert die Zusammenarbeit mit Menschen»

DAVID ROTH (36) WURDE AM PARTEITAG DER SP SCHWEIZ IN ST. GALLEN ZUM VIZEPRÄSIDENTEN DER SP SCHWEIZ GEWÄHLT. «LINKS.LU» SPRACH MIT IHM ÜBER SEIN NEUES AMT. Interview: Sebastian Dissler

Lieber David, herzliche Gratulation zur Wahl. Was hat dich zur Kandidatur bewogen?

Danke. Mich motiviert in der Politik schlicht die Zusammenarbeit mit Menschen, die etwas verändern wollen. Letztlich habe ich mich für die Kandidatur entschieden, weil ich überzeugt bin, dass Politik nicht nur unter der Bundeshauskuppel stattfindet. Das ist dem heutigen Präsidium sehr bewusst. Mein Blick dafür ist aber sicher etwas geschärfter durch die letzten sechs Jahre als Kantonalparteipräsident. Diese Perspektive möchte ich einbringen. Aber es ist natürlich auch mein Interesse an nationaler Politik, das mich zu einer Kandidatur bewegte.

Ganz konkret: Wie willst du die Ebene der Kantonal- und Gemeindesektionen, also der Basis, stärker in die Parteispitze einbringen? Was sind deine Anliegen?

ZUR PERSON

David Roth ist Zentralsekretär der Gewerkschaft Syndicom, Kantonsrat und Präsident der SP Kanton Luzern.

Die erfolgreichen Instrumente der Basiskampagne müssen wir weiterentwickeln, noch einfacher zugänglich machen für Sektionen und gleichzeitig dafür sorgen, dass sie auch verstärkt angewendet werden. Wir gewinnen Mitglieder, weil die SP unser gemeinsames Projekt ist und bei uns ein sinnvolles Mitwirken an gesellschaftlichen Veränderungen möglich ist. In Luzern haben wir diese Entwicklung immer mitgetragen und waren jeweils schon in den Pilotphasen dabei. Wichtig ist aber auch, dass der Wissenstransfer zwischen den Sektionen und Kantonalparteien stattfindet. Gute Inhalte müssen wir nicht 26 Mal erfinden.

Die SVP hat das Sommerloch genutzt, um eine Stadt-Land-Debatte anzuzetteln. Du hast dich in einem Video auf den sozialen Medien dazu geäußert. Um was geht es dir? Zuerst wollte ich mich nicht auf diese primitive Debatte einlassen. Aber gerade für uns als SP ist es eine Chance, hier klare Kante zu zeigen. Denn was die SVP als «städtisch» verunglimpfen will, sind Anliegen von Menschen weit über die Stadt hinaus. Kulturelle Angebote, Kinderbetreuung, eine liberale Gesellschaft, das sind Themen, mit denen wir unsere Wähler:innenschaft überall erreichen. Es gibt keinen Grund uns zu verstecken,

es spricht vielmehr alles dafür, offensiv überall dafür hinzustehen.

Wann beginnt die Arbeit als Vizepräsident eigentlich und was steht nun an?

Bereits vier Tage nach der Wahl, war ich an der erste Sitzung. Inhaltlich werde ich mich rasch aufdatieren müssen, immerhin hatte ich in den letzten sieben Jahren wenig mit nationaler Politik zu tun. Bei der Bewegungsarbeit, habe ich dafür habe ich aber vielleicht einen kleinen Vorsprung.

«Kulturelle Angebote, Kinderbetreuung, eine liberale Gesellschaft, das sind Themen, mit denen wir unsere Wähler:innenschaft überall erreichen.»

FÜR ALLE
STATT
FÜR WEN

MEIN STANDPUNKT

Stadt gegen Land? Von wegen!



Anja Meier (23) ist Kantonsrätin aus Willisau.

Seit kurzem bewirtschaftet die SVP ein neues Feindbild: Die Stadtbevölkerung, bestehend aus «Luxus-Linken», die den Menschen im Land vorschreiben, wie sie denken und leben sollten. Das idealisierte Bild eines landwirtschaftlichen Bergvolkes, das die «echte» Schweiz ausmacht, ist schlichtweg falsch. Die

Schweiz ist städtischer, als es die SVP wahrhaben will. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung lebt oder arbeitet in den Städten und der Agglo. Enge Verflechtungen zwischen Stadt und Land prägen uns, sei es bei der Arbeit, im Freundes- und Familienkreis oder im Freizeitverhalten. Von den diversen Transferzahlungen – etwa in den Bereichen Infrastruktur oder Landwirtschaft – profitieren insbesondere die ländlichen Regionen. Und bei Abstimmungen hat mal die Stadt, mal das Land die Oberhand.

Die polemischen Brandreden der SVP entpuppen sich nicht nur als falsch: Nein, sie bezwecken allein die politische Spaltung. Progressive gesellschaftliche Entwicklungen, die ihren Ursprung zumeist in der Stadt haben, werden als arrogant und unschweizerisch verunglimpft. Nicht ausklammern lassen sich jedoch die unterschiedlichen politischen Mehrheitsverhältnisse, auch im Kanton Luzern. Die Landbevölkerung per se als «hinterwäldlerisch» zu betiteln, greift jedoch ebenfalls zu kurz. Erstens gibt es auf der Luzerner Landschaft viele und zunehmend mehr Menschen, die sich für eine soziale und nachhaltige Politik engagieren, auch bei der SP.

Zweitens führen die unterschiedlichen Lebensrealitäten legitimerweise zu anderen Bedürfnissen, etwa bei der Mobilität. Auch die kantonale Politik kann und muss hier dazu beitragen, dass sich der politische Graben nicht vergrössert. Die Landschaft braucht einen gesicherten Service Public in geeigneter Form. Die Menschen sind auf Bildungsmöglichkeiten, den öV oder Betreuungsdienstleistungen angewiesen. Ebenso braucht es nachhaltige Entwicklungsmöglichkeiten, die der Landbevölkerung wirtschaftliche Perspektiven bieten. Im Kanton Luzern kommt erschwerend hinzu, dass sich der Kantonshauptort geografisch nicht im Zentrum befindet, weswegen infrastrukturell gut ausgestattete Regionalzentren unabdingbar sind. Ganz zu schweigen von der Wichtigkeit der medizinischen Grundversorgung: Die von der Luzerner Regierung ins Spiel gebrachte Einschränkung der Medizin und Chirurgie am Spital Wolhusen würde diese Grundversorgung sowie deren Erreichbarkeit für viele Menschen massiv verschlechtern. Dass der Stadt-Land-Graben in der Schweiz nicht so tief ist wie anderswo, verdanken wir insbesondere einem starken Service Public, für den sich die SP stets eingesetzt hat. Gleichzeitig ist unbestritten, dass die grossen Fragen unserer Zeit – die soziale Ungleichheit oder der Klimawandel – uns alle angehen, egal ob in der Stadt oder auf dem Land zuhause. Es braucht ein Zusammenspannen sämtlicher fortschrittlichen Kräfte, um die besten Antworten für alle statt für wenige zu finden.



«Wir sind
als Gesellschaft
gefordert
hinzuschauen»

GROSSTADTRÄTIN MARIA PILOTTO (35) HAT EINEN VORSTOSS MIT DEM TITEL «FÜR EIN LUZERN OHNE GEWALT – GEMEINSAM GEGEN SEXISMUS, HOMO- UND TRANSFEINDLICHKEIT» EINGEREICHT. Interview: Sebastian Dissler

Liebe Maria, um was geht es bei deinem Vorstoss?

Studien und Umfragen zeigen immer wieder, dass mehr Menschen im öffentlichen Raum physische oder psychische Gewalterfahrungen machen, als die Polizeistatistiken auch tatsächlich abbilden. Auch wenn es zu keinem Verfahren kommt, sind die Erlebnisse trotzdem gravierend und auch traumatisierend. Mit einem an Zürich angelehnten Online-Tool unter dem Titel «Luzern schaut hin» gibt die Stadt diesen Erfahrungen Raum und informiert Betroffene niederschwellig über mögliche Schritte. Zudem soll der Aufbau des Tools mit Weiterbildungen begleitet werden, um Fachpersonen der Verwaltung und weiterer Institutionen zu sensibilisieren.

Heute können Opfer von Gewalt Strafanzeige bei der Polizei einreichen. Wieso braucht es zusätzlich eine Online-Plattform?

Das Image der Polizei beispielsweise im Falle von sexueller Belästigung auf der Strasse ist gerade bei jungen Frauen nicht gut. Dies zeigen meine Erfahrungen aus der Frauen*streik-Bewegung. Auch besteht das Bedürfnis, genauer zu wissen, was bei einer Anzeige passiert oder welche Chancen man hat. Mit der Online-Plattform sollen diese Informationen niederschwelliger werden. Die gesamte Projektumsetzung sollte wie in Zürich breit abgestützt sein, damit beispielsweise auch Kultur- oder Gastronomiebetriebe Teil von

«Luzern schaut hin» werden und sich für mehr Sicherheit einsetzen.

Wie schätzt du generell die Situation betreffend Gewalt und Belästigungen in der Stadt Luzern ein?

Die Stadt Luzern möchte laut Gemeindestrategie eine sichere und saubere Stadt sein und setzt darauf, dass sich die Bevölkerung auch tatsächlich sicher fühlt. Konkrete Zahlen haben wir wenige, jedoch stellen wir bei Bewegungen wie #aufschrei fest, dass viele Menschen im persönlichen Umfeld Erfahrungen mit Sexismus, Homo- oder Transfeindlichkeit haben. Es braucht jetzt eine Plattform, die diese Ergebnisse sichtbar macht und den Leuten niederschwellig hilft. Betroffene sind nicht allein damit und wir sind als Gesellschaft gefordert hinzuschauen. Das trägt auch dazu bei, billige Schuldzuschreibungen an die Opfer abzubauen.

Maria Pilotto arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin und Verantwortliche Nachhaltigkeit bei der Hochschule Luzern. Sie ist auch bei den SP Frauen* Kanton Luzern und beim Kollektiv des Frauen*streiks engagiert.

«Es braucht eine Plattform, die diese Erlebnisse sichtbar macht.»

Wir wollen ein lebendiges Inseli



Léon Schulthess,
Co-Präsident
JUSO Luzern

Vor vier Jahren gewann die JUSO Luzern die Inseli-Initiative: Das Begehren, die Carparkplätze auf dem Inseli durch eine entsiegelte Fläche zu ersetzen und den zentralen Treffpunkt vieler Luzerner:innen zu vergrössern, wurde somit zum politischen Auftrag. Die Freude wandelte sich aber bald in Ernüchterung, denn seit 2017 ist nichts in dieser Hinsicht geschehen. Die Betonfläche sieht noch gleich aus und selbst das Fehlen der Cars während Corona bewirkte keine Veränderung. Die Passivität und hinauszögernden Pläne des Stadtrates wurden besonders dieses Jahr noch absurder.

2017 sprach der Stadtrat, insbesondere Baudirektorin Manuela Jost, euphorisch davon, die Initiative schnellstmöglich umsetzen zu wollen. 2019 sollten die Carparkplätze aufgehoben, 2020 ein Projektwettbewerb lanciert und 2023 das erweiterte Inseli der Bevölkerung zugänglich gemacht werden. Wenig später wurde der Zeitplan erstmals nach hinten verschoben, auch aufgrund der Frage, wo die Carparkplätze ersetzt werden

sollten. Somit blieb die Betonfläche unangestastet, und der Projektwettbewerb wurde auf 2021 angesetzt.

Dann der Knall im Bericht und Antrag des Stadtrates vom 17. Juni 2021: Der Projektwettbewerb wurde sistiert, dafür aber wieder eine Machbarkeitsstudie ins Leben gerufen, welche eine Umsetzung weiter hinauszögert. Das Entwicklungskonzept fürs linke Seeufer sieht vor, dass das Volksbegehren erst 2027 umgesetzt werden soll. In dieser Zeit beanspruchen aber die Bauarbeiten für den Durchgangsbahnhof den Platz, weswegen die Inseli-Initiative sogar erst 2040 verwirklicht werden könnte. 23 Jahre darf das Entsigeln einer Fläche dieser Grösse nicht dauern!

Die JUSO Luzern fordert den Stadtrat auf, zeitnah eine Zwischennutzung auf dem Inseli umzusetzen, sich proaktiver für einen Projektwettbewerb einzusetzen und mehr Gestaltungswillen an den Tag zu legen, um mutig die Stadt Luzern der Zukunft zu prägen. Der demokratische Entscheid muss ernst genommen werden, damit die Bevölkerung von heute schon morgen ein attraktives und lebendiges Inseli geniessen kann.

1. LUZERNER INSELIFEST

Samstag, 18. September 2021, 13 – 22 Uhr
Auf dem Car-Parkplatz beim Inseli

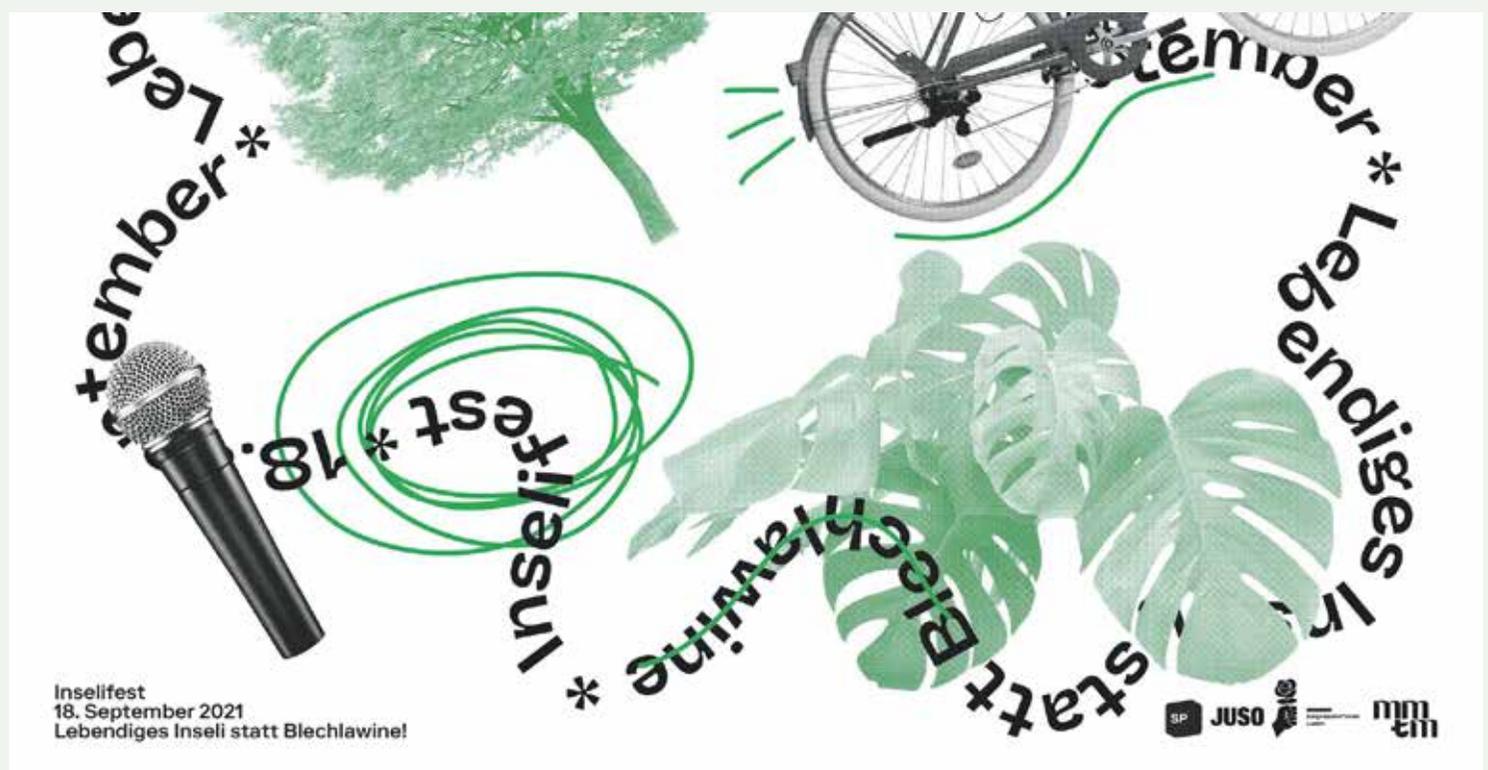
EINLADUNG ZUM ERSTEN LUZERNER INSELIFEST

2017 wurde die JUSO-Initiative «Lebendiges Inseli statt Blechlawine» von der Stadtluzerner Bevölkerung angenommen. Das Volksanliegen fordert die Aufhebung der dortigen Car-Parkplätze und die Erweiterung der öffentlichen Parkanlage. Seither aber stockt die Umsetzung der Initiative und nach wie vor dominiert im vorderen Teil des Inseli eine unbelebte Asphaltwüste. Das soll sich jetzt ändern!

Gemeinsam mit der JUSO und dem jungen Veranstaltungskollektiv «momentum» wird die SP Stadt Luzern den Inseli-Car-Parkplatz am Samstag, 18. September 2021, für einen Tag beleben. Ab 13 Uhr erwartet die Besucher:innen Musik, Festwirtschaft, ein Kinderprogramm und ein bunter Flohmarkt. Ab dem späteren Nachmittag/Abend sorgen dann bis 22 Uhr verschiedene Livebands für beste Unterhaltung (kostenpflichtig).

Alle sind herzlich eingeladen, am ersten Luzerner Inselfest mit dabei zu sein!

PS: Für die Teilnahme am Fest wird ein gültiges COVID-19-Zertifikat vorausgesetzt. Am Eingang und auf dem Gelände finden entsprechende Kontrollen statt.



VPOD kämpft für GAV beim Gesundheitspersonal

KANTONS RÄTIN MELANIE SETZ (41) WURDE DIESEN MAI ALS NACHFOLGERIN VON URBAN SAGER ZUR PRÄSIDENTIN DES VPOD ZENTRALSCHWEIZ GEWÄHLT. «LINKS.LU» SPRACH MIT MELANIE ÜBER IHRE NEUE AUFGABE. Interview: Sebastian Dissler

Liebe Melanie, was waren die ersten Aufgaben, die du als neue VPOD-Chefin angepackt hast?

Mein Vorgänger Urban hat es dankenswerterweise geschafft, einen äusserst motivierten Vorstand und ein sehr engagiertes Geschäftsstellenteam aufzubauen. Dies braucht es auch, denn in fast allen vom VPOD vertretenen Bereichen und Branchen stehen wichtige Themen an oder laufen bereits. Aktuell liegt der Fokus aber vor allem auf dem Gesundheitswesen.

Damit spielst Du wahrscheinlich auf die Abstimmung zum Gesamtarbeitsvertrag (GAV) beim Luzerner Kantonsspital (LUKS) und der Luzerner Psychiatrie (Iups) an. Worum geht es da?

Die Aushandlung des Gesamtarbeitsvertrags war, dank der Beharrlichkeit der SP, ein politischer Auftrag des Kantonsrats, im Rahmen der Umwandlung in zwei AGs. Nach fast zwei Jahren Verhandlungen hinter verschlossenen



Melanie Setz

Türen, dürfen wir nun endlich mit dem Erreichten zu den Mitarbeitenden. Grundsätzlich geht es beim GAV um die Frage, wie stark die heutigen Arbeitsbedingungen der Mitarbeitenden der beiden Aktiengesellschaften auch in Zukunft gesichert sind. Wir sind überzeugt, dass der GAV den Mitarbeitenden den nötigen Schutz bietet, und versuchen die Mitarbeitenden für die Abstimmung im Oktober von einem JA zu überzeugen.

ZUR KANTONALEN ABSTIMMUNG: AUSBAU RÄNGGLOCH-STRASSE



Die Kantonsstrasse über das Ränggloch ist eine wichtige Verbindung der urbanen Lebensräume Kriens-Obernau und Luzern-Littau sowie zum Entlebuch im Westen über Malters. Die Strasse ist in einem schlechten Zustand, und aufgrund der kurvenreichen und engen Strassenführung kommt es immer wieder zu gefährlichen Situationen und Unfällen. Vor allem schwache Verkehrsteilnehmer:innen sind einer erheblichen Gefahr ausgesetzt, aufgrund des Fehlens einer Radverkehrsanlage. Das vorliegende

Strassenbauprojekt sieht die Erstellung einer Radverkehrsanlage vor, und durch die Verbreiterung der Strasse ergeben sich zudem neue Möglichkeiten für den öffentlichen Verkehr. Denn es überrascht schon etwas, dass seit jeher keine öffentlichen Verkehrsverbindungen zwischen Kriens, Littau und Malters bestehen. Zur Gewährleistung des Service Public und mit Blick auf die Klima- und Umweltziele bietet die Schaffung einer Buslinie, welche Kriens, Littau und Malters miteinander verbindet, eine Chance, die wir packen müssen. Denn Strassenbauprojekte in der heutigen Zeit bedingen, dass dem Langsamverkehr und dem öffentlichen Verkehr eine Schlüsselrolle zukommt, ansonsten fehlt die gesellschafts- und umweltpolitische Legitimation. Die SP empfiehlt die Annahme des Strassenbauprojektes und erachtet es als sehr wichtig, dass die Regierung während der 18-monatigen Totalsperre die flankierenden Massnahmen mittels ÖV-Angeboten bei Bedarf ausbaut oder anpasst, um die Erreichbarkeit und Verbindung von und nach Kriens-Littau und Malters sicherzustellen. Die Regierung muss vorausschauend agieren und den Service Public auch während der Bauphase gewährleisten. Die Erreichbarkeit von Kriens-Littau oder Malters während der Totalsperre nur mit dem Auto stellt für uns keine Lösung dar.

Hasan Candan, Kantonsrat

Was sind die weiteren Herausforderungen, die in nächster Zeit auf eure Gewerkschaft zukommen?

Corona hat für uns als Verband des öffentlichen Personals grosse Einschnitte hinterlassen. Es ist nicht nur das Gesundheitspersonal betroffen, sondern auch der öffentliche Verkehr, der Kulturbereich, die Lehrpersonen und Hochschulmitarbeitenden usw. Einerseits erleben wir eine grosse Wertschätzung für die Arbeit im öffentlichen Bereich und gleichzeitig wird sich wohl früher oder später wieder die Frage nach Leistungsabbau und Einsparungen beim Personal stellen, wogegen wir uns natürlich aktiv wehren müssen. Viele unserer Mitglieder stehen im Arbeitsalltag unter hohem Druck. Wichtig ist darum, dass wir quer über die Berufsgruppen solidarisch und kämpferisch bleiben. Als Mitarbeiter:in im öffentlichen Sektor ist eine Mitgliedschaft beim VPOD in meinen Augen dabei nur der erste Schritt, es braucht aktives Engagement am Arbeitsplatz und auf der politischen Ebene. Darauf und auf den aktiven Austausch mit unseren Mitgliedern freue ich mich.

VPOD

Der Verband des Personals öffentlicher Dienste ist die Gewerkschaft für alle, die im Bereich des Service public tätig sind. Die Sektion Luzern hat rund 600 Mitglieder aus dem Hochschulbereich, dem Gesundheits- und Sozialwesen, der Volksschule, dem Luzerner Theater, der vbl, NGOs und vielen mehr.

Mehr zum VPOD:

www.vpod-zentralschweiz.ch

Mehr zum GAV LUKS + Iups:

www.mehr-schutz.ch

AGENDA SP KANTON LUZERN

19. Oktober 2021

Delegiertenversammlung | 19.15 Uhr

27. Oktober 2021

Sektionskonferenz | 18.30 Uhr

18. November 2021

Parlamentarier:innen-Treffen | 19.15 Uhr

UNSERE PAROLEN

Ehe für alle: JA | 99%-Initiative: JA
Ausbau Ränggloch: JA